



Werner Gartenmann, Yvette Estermann, die Moderatoren David Kaufmann und Beat Kirchhofer, Pascale Bruderer und Christian Wasserfallen (v. l.) im Aarauer Kultur- und Kongresshaus.

ANNIKA BÜTSCHI

Mehr Macht oder Last fürs Volk?

Abstimmung Soll der Regierung niemand vorwerfen, sie nehme die Sache nicht ernst genug. Bundesrat Johann Schneider-Ammann war sich nicht zu schade, auch vor einem kleinen Publikum in Aarau gegen die Staatsvertrags-Initiative zu kämpfen.

Die bescheidene Kulisse gab gleich das Stichwort: Will das Volk wirklich über noch mehr Vorlagen abstimmen müssen oder herrscht nicht sogar eine gewisse Politik- und Demokratieverdrossenheit? Selbstverständlich nicht, dazu führe höchst-

tens ein Unwille von Regierung und Parlament, Volksentscheide auch umzusetzen, meinte Werner Gartenmann, Geschäftsführer der Auns. Er kämpfte in Aarau zusammen mit der Luzerner SVP-Ständerätin Yvette Estermann gegen die Aargauer SP-Ständerätin Pascale Bruderer und den Berner FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen für die Initiative «Staatsverträge vors Volk». David Kaufmann (Radio Inside) und Beat Kirchhofer (Chefredaktor Zofinger Tagblatt) moderierten die Diskussion. Worum es den Initianten geht, war schnell klar: sie wollen vor allem, dass dank dem obligatorischen Referendum bei mehr Staatsverträgen auch die Hürde des Ständemehrs

genommen werden muss, als Beispiel wurde das Schengen-Abkommen genannt. Vor dem Podium, zu dem das Aargauer Nein-Komitee und die **Handelskammer** geladen hatten, legte Bundesrat Johann Schneider-Ammann die Haltung der Regierung dar. Für ihn ist klar: Die Initiative ist nicht nur unnötig, sondern gefährlich. Aus zwei Gründen: Sie gefährde die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft, wenn etwa ein Handelsabkommen nicht sofort nach Verhandlungsabschluss in Kraft gesetzt werden könnte. Und weil sie ein erprobtes Gleichgewicht in der Demokratie aufs Spiel setze, die auch auf Vertrauen zwischen Wählern und Gewählten beruhe. (MOU)